

Forderungen der DGPPN zur Bundestagswahl 2017



Ψ DGPPN

Deutsche Gesellschaft
für Psychiatrie und Psychotherapie,
Psychosomatik und Nervenheilkunde


Der Bedeutung psychischer Erkrankungen Rechnung tragen

Psychische Erkrankungen zählen zu den häufigsten Erkrankungen in Deutschland und sind damit Volkskrankheiten.

- Bundesweit tritt bei jedem dritten Erwachsenen im Zeitraum eines Jahres eine psychische Erkrankung auf.
- Depressionen, Angststörungen und andere psychische Leiden sind heute die zweithäufigste Ursache für Krankheitstage im Job.
- Jede zweite vorzeitige Berentung geht auf eine psychische Erkrankung zurück.
- Nur 10% aller Menschen mit einer chronischen psychischen Erkrankung sind in den ersten Arbeitsmarkt integriert.

Für die Betroffenen und ihre Angehörigen sind psychische Erkrankungen mit massivem Leid verbunden und führen oft zu gravierenden Einschränkungen im sozialen und beruflichen Leben. Hinzu kommen erhebliche volkswirtschaftliche Auswirkungen.

Angesichts dieser Herausforderungen fordert die DGPPN:

- Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Menschen mit psychischen Erkrankungen in allen Bereichen der Gesellschaft
 - Schaffung passender politischer Rahmenbedingungen, um die Autonomie von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu fördern und deren Partizipation an medizinischen Entscheidungen sicherzustellen
 - Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen für ein umfassendes System von psychiatrisch-psychotherapeutischer Hilfe und Versorgung
- 

Forschung langfristig und strukturell fördern

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse bieten die Möglichkeit, die Lebensqualität und Teilhabe der Betroffenen in allen Altersbereichen durch effektivere und individualisierte Therapien signifikant zu verbessern. Deshalb muss die Gesundheitsforschung über die Lebensspanne in Deutschland ausgebaut und strukturell gefördert werden.

Die Forderungen der DGPPN:

- Weiterführung der BMBF-Förderung für das „Forschungsnetz zu psychischen Erkrankungen“
- Strukturelle Forschungsförderung durch Einrichtung eines vernetzten „Deutschen Zentrums für psychische Erkrankungen“ (DZP) mit mehreren, kompetitiv ausgeschriebenen Standorten
- Interessenunabhängige, öffentliche Förderung der Forschung zu neuen Formen psychotherapeutischer, biologischer sowie innovativer psychosozialer Behandlungsmethoden
- Öffentliche Förderung der Versorgungs- und epidemiologischen Forschung zur bedarfsgerechten Planung und Umsetzung evidenzbasierter Diagnostiken und Therapiemethoden
- Erhöhung der Forschungsförderung zur Erforschung der Ursachen von demenziellen Erkrankungen und deren Diagnostik und Therapie im Rahmen eines „Nationalen Aktionsplans Demenz“

Psychischen Erkrankungen vorbeugen

Angesichts des demografischen Wandels und der rapiden Veränderungen in der Arbeitswelt kommt dem Erhalt der psychischen Gesundheit eine zentrale Rolle zu. Die Wirksamkeit präventiver Interventionen bei psychischen Erkrankungen ist wissenschaftlich belegt – sie können etwa die Neuerkrankungsraten bei Depressionen um bis zu 50 % reduzieren. Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie sind auch die Experten für Prävention.

Die Forderungen der DGPPN:

- Aufnahme bestehender Strategien zur Prävention in einen Aktionsplan unter Berücksichtigung von Patientengruppen mit hohem Erkrankungsrisiko inklusive traumatisierter Menschen
- Ausbau der ambulanten Versorgungsstrukturen sowie der vorhandenen gemeindenahen Präventiv- und Früherkennungszentren für psychische Erkrankungen
- Stärkere Beachtung psychosozialer Risikofaktoren, insbesondere auch bei der betrieblichen Gesundheitsförderung

Menschen mit psychischen Erkrankungen behandeln

In Deutschland nehmen immer mehr Menschen medizinische Leistungen aufgrund von psychischen Erkrankungen in Anspruch. Das Versorgungssystem muss darauf reagieren und dabei den besonderen Bedürfnissen dieser Patientengruppe Rechnung tragen. Mit der Novellierung des Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Kliniken steht die stationäre Versorgung vor einer Neuausrichtung, doch entscheidende Fragen der Umsetzung sind noch ungeklärt. Auch in der ambulanten Versorgung besteht großer Handlungsbedarf: Patienten leiden unter langen Wartezeiten auf einen passenden Behandlungsplatz, die pauschale Vergütung für die ambulant tätigen Psychiater erlaubt kaum Zeit für therapeutische Gespräche und die morbiditätsunabhängige Bedarfsplanung verschärft bestehende Versorgungsgerechtigkeiten.



Die Forderungen der DGPPN:

- Sicherstellung und Finanzierung der flächendeckenden leitliniengerechten ambulanten und stationären Versorgung von Menschen mit – insbesondere auch schweren und chronischen – psychischen Erkrankungen
- Adäquate Finanzierung psychiatrisch-psychotherapeutischer – unterschiedlich intensiver und frequenter – Gesprächsleistungen in der ambulanten Versorgung außerhalb eines Quartalsbudgets
- Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für eine sektorenübergreifende Vernetzung aller beteiligten Berufsgruppen zur Förderung strukturierter, passgenauer und bedarfsgerechter Versorgungsangebote
- Reformierung der (Methoden der) Bedarfsplanung für eine morbiditäts- und bedarfsorientierte Versorgung
- Angemessene Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung

Gesellschaftliche Teilhabe sicherstellen

Die gegenwärtige Arbeits- und Erwerbssituation von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen ist kritisch. Jeder zweite Betroffene geht keiner Arbeit nach, weniger als 10 % sind in Voll- oder Teilzeitarbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt integriert. Ein substantieller Teil von Langzeitarbeitslosen ist psychisch krank. Die Integration in den ersten Arbeitsmarkt gelingt mit den gegenwärtigen Förderungsinstrumenten nicht ausreichend. Deutschland hat Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und Behinderungen bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bislang zu wenig berücksichtigt.

Die Forderungen der DGPPN:

- Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für den Einsatz von gezielten psychosozialen Interventionen
- Sektorenübergreifende Integration von Rehabilitationsmaßnahmen für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen in die psychiatrische Behandlung
- Weitere Umsetzung der UN-BRK in Deutschland – auch und insbesondere für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und Behinderungen

Wir Psychiater – Fachärzte für die psychische Gesundheit

Psychiaterinnen und Psychiater untersuchen und behandeln Krankheiten, die mit Veränderungen der Gefühle, des Denkens, des Gedächtnisses und des Verhaltens einhergehen. Sie greifen dabei u. a. auf Psychotherapie, Pharmakotherapie, biologische Verfahren und psychosoziale Interventionen zurück. Sie haben Medizin studiert und eine Weiterbildung zum Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie absolviert.



Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e.V.

Die DGPPN ist die größte medizinisch-wissenschaftliche Fachgesellschaft für Fragen der psychischen Erkrankungen in Deutschland. Sie bündelt die Kompetenz von 9.000 Ärzten und Wissenschaftlern für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde, die in Universitätskliniken, Krankenhäusern und ambulanten Praxen sowie in der Forschung arbeiten. Die Fachgesellschaft macht sich für eine optimale Versorgung der Patienten mit psychischen Erkrankungen stark. Sie entwickelt wissenschaftliche Leitlinien, fördert die Aus-, Fort- und Weiterbildung und engagiert sich in der Erforschung psychischer Erkrankungen zur Weiterentwicklung von Diagnostik und Therapie. Im Zentrum steht dabei die ganzheitliche Sicht auf den Menschen mit allen individuellen psychischen, körperlichen und sozialen Aspekten.

Die DGPPN setzt sich aktiv für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen und gegen deren Stigmatisierung ein.



DGPPN-Geschäftsstelle
Reinhardtstraße 27 B
10117 Berlin
TEL 030.2404 772-0
sekretariat@dgppn.de
WWW.DGPPN.DE